Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 16. Dienstag, 20. Januar 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Regierungserklärung Dr. Luthers im Reichstage.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 19. Januar 1925.

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, in besonderem Maße die Diplomatenloge. Auch auf der Journalistentribüne haben sich die Ausländer besonders zahlreich eingefunden.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. und verliest das amtliche Schriftstück über die **Ernennung des Reichskanzlers Dr. Luther** und der neuen Reichsminister. Neu sind nur als **Finanzminister v. Schlieben** und **Reichsverkehrsminister Dr. v. Krohne.**

Auf der Tagesordnung steht die

Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Um 6 Uhr 25 Min. betritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

Reichskanzler Dr. Luther erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Amnestierufen empfangen.

Reichskanzler Dr. Luther

dankt zunächst dem scheidenden Kabinett, besonders dem **Reichskanzlers Marx.** Das Kabinett Marx, so fährt der Kanzler fort, hat auf dem von Rückschlägen bedrohten dornenreichen Wege des deutschen Volkes einen deutlichen und bedeutungsvollen Wegteil zur Gesundung Deutschlands zurückgelegt. **Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziel deutschen Wiederaufbaus zuzuschreiten, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein.** Die Politik der neuen Reichsregierung wird völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes abgestellt sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Vielregierern fernhalten. Sie wird sich bemühen, in lebendigem Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbejahender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schweren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden.

Dazu war notwendig, daß **eine Regierung gebildet** wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich **grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt.** Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise würde. Das ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die **rechtliche Grundlage** für die Arbeit der Reichsregierung ist die **republikanische Verfassung vom 11. August 1919.** Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder sonst ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet.

Nachzuprüfen haben wir auch die **Regelung der Beziehungen des Reichs zu den Ländern.** Ihr Eigenleben soll geachtet und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtentum lebendigen Kräfte besonderer Hingebung an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft.

Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den **konfessionellen Frieden** zu hüten. Mit ihrer **Außenpolitik** will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetz werden von uns loyal durchgeführt werden, wie wir die loyale Durchführung des Abkommens auch von unseren Vertragsgegnern erwarten müssen.

Die politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes ist leider durch die **Nichträumung der Kölner Zone** sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Nichträumung. Die Nichträumung enthält einen offenbaren Widerspruch gegen den Geist und die Grundanschauung, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der **Entwaffnungsfrage** wiederholt die Reichsregierung das Verlangen an die Alliierten, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzuteilen. Sie wird alle Kraft daran setzen, durch Verhandlungen die **alsbaldige Räumung der Kölner Zone zu erzielen.**

Zur sonstigen Ausführung des **Londoner Abkommens** stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsstellen sich bisher in Sachlichkeit und ohne Reibungen vollzogen hat. Ich werde in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der mit dem Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck zu bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen.

Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbunde ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Im Zusammenhang mit der Völkerbundsfrage wird die Regierung die Bemühungen fortsetzen, Deutschland von dem **ungerechtfertigten Vorwurf** des Versailler Vertrages über seine **Schuld am Kriege** zu befreien.

Nachdem am 10. Januar die uns durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Meistbegünstigung gefallen ist, wird die Reichsregierung sich bei den **Handelsvertragsverhandlungen** gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken. Auf innenwirtschaftlichem Gebiet wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kaufkraft sind das Ziel. Die Beseitigung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben. Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu festigen und weiter aufzubauen.

Die Gesetzentwürfe zum **Ausbau der Sozialversicherung** sollen baldigst dem Reichstag zugeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung will weiter baldigst einen **Arbeitsgerichtsgesetzentwurf** den gesetzlichen Körperschaften unterbreiten. Die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein nur durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Notrecht dar, und die aus ihr erwachsenden politischen Härten müssen so schnell beseitigt werden, wie es die Besserung der Wirtschaftslage zuläßt.

In der **Lohn- und Gehaltsentwicklung** sollen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zu Gute kommen. Die Indexberechnung soll verbessert werden. Im **Abbau der Wohnungszwangswirtschaft** wird die Regierung fortfahren, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freiwerdender Räume vorsehen.

Zur **Aufwertungsfrage** werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei soll im vollen Verständnis für die Notlage, insbesondere der alten Sparer, in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Weiter sind Gesetze vorbereitet, die eine systematische, einheitliche, wirtschaftlich richtige und **sozialgerechte Besteuerung** in klarsten, einfachsten Formen herbeiführen sollen. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar immer außerordentlich hoch bleiben, die Steuern dürfen aber nicht so drückend sein, daß sie die Wirtschaftskraft lahmlegen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der Abbau jeder übermäßigen Besteuerung, die im letzten Jahre zur Erhaltung der Währung nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Unsere **auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur** muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichstem Umfange auch den Nichtbemittelten zugänglich gemacht werden. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft die Reichsregierung, ein seit langem vorbereitetes **Reichsschulgesetz** dem Reichstag demnächst vorlegen zu können.

Die Verabschiedung des bereits vorgelegten **Haushaltsplanes** wird erst möglich sein nach der gesetzgeberischen Beantwortung verschiedener Vorfragen, wie Aufwertung, Finanzausgleich und Steuergesetzgebung.

Der Reichskanzler schließt: **Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen.** Vorerst wird die schwere Not, die auf unserem Volke lastet, nur langsam behoben werden können. Ein Vorwärtsschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn **jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt, und wenn das deutsche Volk aus seiner Zerrissenheit heraus sich immer einmütiger zusammenschließt.** Nur dann wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Kreise der anderen Völker **den Weg zu einem Wiederaufstieg** bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert, die seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von stürmischen Zurufen der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloß unter dem lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Darauf vertagte das Haus die **Besprechung der Regierungserklärung auf Dienstag** 12 Uhr mittags.

Schluß 7 Uhr.

*

Pressestimmen zur Regierungserklärung.

)(Berlin. Die gestern im Reichstag von Reichskanzler Dr. Luther abgegebene **Regierungserklärung** findet mit Ausnahme der „Roten Fahne" **in keinem Blatt ausgesprochene Ablehnung.** Das Kommunistische Parteiorgan betont auch, daß die Kommunistische Partei als einzige Partei Opposition gegen die Regierungserklärung gemacht habe. Einzelne Punkte der Regierungserklärung finden allerdings in den Blättern, je nach der Parteirichtung, eine gewisse Kritik, insbesondere hinsichtlich dessen, **was in der Erklärung nicht** gesagt worden ist. Im Ganzen genommen nimmt **die Presse aber eine abwartende Haltung** ein und macht ihre Beurteilung der neuen Regierung von deren Taten abhängig.

Die **deutschnationalen Blätter knüpfen** an die neue Reichsregierung, in der zum ersten Male seit der Revolution deutschnationale Vertreter sitzen, entsprechende Hoffnungen. Die „Deutsche Tageszeitung" spricht von einem ersten Schritt auf neuem Wege. Es handle sich jedoch um einen Anfang, der der Entwicklung bedürfe. Die neue Regierung müsse mit ihren Arbeiten da anfangen, wo die alte aufgehört habe und sie habe zunächst mit dem zu rechnen, was ihre Vorgängerinnen geschaffen oder unterlassen hätten, freilich nicht mit Unabänderlichem.

Die **„Kreuzzeitung"** unterstreicht die von Dr. Luther betonte christliche Grundlage unserer ganzen Kultur und bemerkt, wenn es der Reichsregierung ernstlich um die Durchführung eines nationalen christlichen Programms zu tun sei, dann müsse sie vor allem auf eine Aenderung der politischen Verhältnisse in Preußen dringen.

Der **„Lokalanzeiger"** spricht von einem neuen Typ von Reichsregierung, deren Zusammensetzung rein äußerlich schon eine Rückkehr zum Sachlichen, zu Fachmännern andeute.

Die **„Zeit"** faßt den Haupteindruck, den die neue Reichsregierung hinterlasse, in die Worte zusammen: Das Kabinett Luther wird kein parlamentarisches Kampfkabinett sein. Luther, der auch über die Grenzen des Reichs hinaus die Kräfte aller staatsbejahenden Parteien zur Mitarbeit heranziehen will, will dem inneren Frieden dienen.

Die **„Germania"** sagt: Alles in Allem: Keine schlechte Botschaft, die uns da verkündet wurde. Was an diesen Versprechungen und Verheißungen ehrliche Ueberzeugung und entschlossener Wille sind, bleibt abzuwarten. Das Gute, das die Regierung verspricht, wird das Zentrum ehrlich unterstützen, für jede Abkehrung wird es ein aufmerksames Auge haben.

Die Erklärung des Kanzlers, daß er die volle Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Richtlinien trage, nennt die **„Vossische Zeitung"** ein schönes Zeichen für die Verantwortungsfreudigkeit, die Ehrlichkeit und den Optimismus Luthers. Ob sie auch ein Zeichen für die Erkenntnis der realen Verhältnisse sei, müsse die Zukunft zeigen.

Auch der **„Vorwärts"** will die Taten der neuen Regierung abwarten, wenn ihm auch die Gesichter auf der Ministerbank größtes Mißtrauen einflößen.

Das Reichskabinett ist vollständig.

Die neuen Minister.

Berlin. Das Reichskabinett ist inzwischen ergänzt worden. Das **Reichsfinanzministerium** übernimmt der Ministerialdirektor a. D. **von Schlieben** und das **Verkehrsministerium** Ministerialrat Direktor **Krohne.**

Reichsverkehrsminister Dr. jur. Rudolf Krohne

wurde am 6. September 1876 in Rendsburg (Schleswig-Holstein) geboren, 1903 zum Gerichtsassessor, 1907 zum Amtsrichter, 1909 zum Regierungsassessor ernannt; 1911 trat er als Regierungsrat in das Oberpräsidium in Magdeburg ein, wurde 1917 Hilfsarbeiter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten; im September des gleichen Jahres wurde er in diesem Ministerium zum Geh. Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt. 1922 wurde Dr. Krohne Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, 1923 Staatssekretär daselbst und Ende 1924 wurde er nach Bildung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit der Führung der Geschäfte des Reichsverkehrsministeriums beauftragt.

Finanzminister Dr. von Schlieben

wurde am 14. Juni 1878 in Groß-Hinnersdorf (Schleswig) geboren, studierte in Freiberg, Marburg und Berlin, war zunächst Regierungsassessor in Hanau oder Düsseldorf, sodann Landrat in Heilsberg (Ostpreußen). 1916 wurde er Geh. Regierungsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei, um 1919 in das Reichsschatzamt, das jetzige Reichsfinanzministerium, überzugehen, wo er am 1. April 1920 zum Ministerialdirektor ernannt wurde. Er leitete hier die Etatabteilung und hat vor allem im vergangenen Jahre bei der Sanierung der Finanzen entscheidend mitgewirkt.

*

Die neue Reichsregierung.

Dem neuernannten Reichskabinett gehören nunmehr an: Reichskanzler **Dr. Luther; Dr. Stresemann** als Reichsminister des Auswärtigen; **Martin Schiele** als Reichsminister des Innern; als Reichsminister der Finanzen Ministerialdirektor **Dr. v. Schlieben;** Ministerialdirektor a. D. **Dr. Neuhaus** als Reichswirtschaftsminister; **Dr. Brauns** als Reichsarbeitsminister; Oberlandesgerichtspräsident a. D. **Dr. Frenken** als Reichsjustizminister; **Dr. Geßler** als Reichswehrminister; Reichsminister a. D. **Stingl** als Reichspostminister; als Reichsverkehrsminister Staatssekretär **Dr. Krohne; Graf v. Kanitz** als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers **für die besetzten Gebiete** ist der **Reichsjustizminister beauftragt worden.**

SLUB
Wir führen Wissen.